

BRIV

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

15. April 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0488.

5. Jahrgang Nr. 6

Erneuter Lohnraub wird vorbereitet!

Trotzdem nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung das Arbeitseinkommen gegenüber dem Stand von 1929 um 25 bis 30 Prozent gesunken ist, trotzdem das ADGB-Organ „Die Gewerkschaft“ Nr. 14 feststellt, daß bei den Reichsbahnarbeitern nach einer statistischen Erhebung des Einheitsverbandes der Eisenbahner der Rückgang des Arbeitseinkommens 31,8 Prozent beträgt, holen Unternehmer, Kommune und Staat erneut zu einem Schlag gegen die bestehenden zum Leben vollkommen unzureichenden Lohnverhältnisse aus. So sind für zirka 4 Millionen die Tarife zum 30. April von seiten der Arbeitgeber gekündigt.

Erneuter Lohnraub, weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sollen das Allheilmittel zur Aufrechterhaltung dieser bankrotten kapitalistischen Profitwirtschaft sein.

Allein in Berlin werden über 100 000 Arbeiter und Angestellte davon betroffen.

Im Vordergrund steht die Kündigung des Reichsmanteltarifes für die Gemeindearbeiter und der Arbeiter der kommunalen Betriebe.

Daneben haben viele Bezirksarbeiter-Verbände der Gemeinden die Lohnverträge gekündigt. So auch der Berliner Magistrat, der die Tarife sowohl für die Kämmererarbeiten als auch für die Arbeiter und Angestellten der städtischen Güter, der Berliner Verkehrsgesellschaft und der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gekündigt hat.

In der Privatindustrie sind die Tarife in der Metallindustrie, im Buchdruckgewerbe, teilweise in der Textilindustrie, im Baugewerbe, in der Tabakindustrie, im Speditions- und Möbeltransportgewerbe, für die Arbeiter der Hafen- und Lagerbetriebe, sowie der Brauereiarbeiter und des Berliner Großhandels gekündigt.

Damit ist auch der vor kurzem in den bürgerlichen Zeitungen angekündigte Ausspruch des Reichsarbeitsministers, daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr in Frage komme, wohl lediglich als Geste, wenn nicht gar als Beeinflussung zu der Reichspräsidentenwahl zu bewerten.

Was vornehmlich hinter der Ankündigung der Tarife steckt, läßt ein Artikel im „Berliner Tageblatt“, betitelt „Verfeinerung der Tarifvertrags-Politik“, deutlich erkennen. Wird doch in diesem gesagt, daß die Reform des Tarifwesens, deren Grundlinie Reichskanzler Brüning schon vor dem Wirtschaftsbeirat aufgezeichnet hat, unter folgenden Gesichtspunkten notwendig ist:

Es sollen gemäß dem Wunsche der Unternehmer die größeren Tarifgebiete in kleinere geographische Bezirke umgewandelt werden.

Des weiteren sollen Tarife, welche für einheitlich zusammengefaßte Industriezweige bestehen, in einzelne Berufstarife umgewandelt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es sagt, daß sich die Gewerkschaften gegen eine solche Aufteilung der Tarife im allgemeinen wohl nicht wehren werden.

Ferner ist der Gedanke an Auflockerung des Tarifes zugunsten eingliedernder Betriebe aufgetaucht.

Dieser Gedanke spielt in der Tarifpolitik der Reichsregierung eine wesentliche Rolle, und rechnen eine Reihe von Arbeitgeber-Organisationen, daß dieses Problem unbedingt durchgeführt wird.

Hierzu sagt das „Berliner Tageblatt“:

„Angesichts dieser Bestrebungen und infolge des schweren Drucks der Arbeitsmarktlage ist es den Gewerkschaften fast völlig unmöglich, den Verletzungen der tariflichen Unabdingbarkeit entgegenzutreten.“

Hier wird also offen zugegeben, daß die Freien Gewerkschaften auch die Aufhebung der Unabdingbarkeit schlucken werden.

Wir haben noch niemals bezweifelt, daß sie auch hierzu fähig sind, und es ist daher Hohn, diese noch als Gewerkschaften zu bezeichnen.

Kommen diese Pläne zur Verwirklichung, so wird der Tarifgedanke illusorisch. Weiterhin wird Einschränkung der Tätigkeit der Schlichtungsbehörden vorgeschlagen. Man hofft, die Tarifreformen (?) auch ohne Notverordnung durchführen zu können.

Dem Proletariat droht also ungeheure Gefahr in bezug weiterer Verschlechterung der elenden Lohnverhältnisse, die man sogar dadurch, daß sogenannte notleidende Betriebe die Erlaubnis erhalten sollen noch unter den von Arbeitgebern und Tarifgewerkschaften festgesetzten Löhnen die Arbeiter zur Arbeit zu zwingen,

APPELL

Die im Bund revolutionärer Industrieverbände zusammengeschlossenen Organisationen stehen gemäß ihrem Statut auf dem Boden des striktesten Klassenkampfes.

Unser Vorkämpfer Karl Marx lehrt uns im kommunistischen Manifest, daß der Todfeind der Arbeiter der Kapitalismus ist.

Die SPD. und die freien Gewerkschaften haben ihr Programm, Kampf dem Kapitalismus, längst aufgegeben und sich als Arzt des kranken Kapitalismus bezeichnet — sie haben sich mit den Vertretern des Kapitals und der schwarzen Reaktion in der Eisernen Front verbündet. Sie sind keine Feinde, sondern Helfershelfer des Kapitalismus. Sie üben an der Arbeiterklasse den schändlichsten Verrat.

Der Faschismus konnte nur so stark und mächtig werden, weil der Reformismus ihm den Weg bereitet hat. Das müssen wir als klassenbewußte Arbeiter erkennen und dementsprechend handeln!

Daher heißt es für alle proletarischen Klassenkämpfer in allen Aktionen Kampf zur Niederrückung des Reformismus, des Kapitalismus und des Faschismus, Kampf für die Erringung der kommunistischen Bedarfswirtschaft. Klassenkämpfer wählen daher Kommunisten!

noch mehr verschlechtert. Die Folge hiervon wird sein, daß alle Betriebe notleidend sind und die dort festgesetzten Löhne dann als regulär betrachtet werden können. Löhne, die diesen Namen nicht mehr verdienen, sondern nur als Almosen bezeichnet werden können.

Der Gedanke, die Tarife beruflich zu zerkleinern, hat den einzigen Zweck, die Berufsgruppen leichter unter Druck setzen zu können, um jede Regung der Arbeiter gegen den unerhörten Lohnraub sofort im Keim zu ersticken, weil man weiß, daß die Kämpfe einzelner Berufsgruppen leichter niedergeschlagen werden können als die einer gesamten Industrie.

Das sind die Hintergedanken der jetzt vorgenommenen Tarifkündigungen. So weit ist es in Deutschland trotz der Millionen-Gewerkschaften, der freien und christlichen Verbände, gekommen.

Diese sich Gewerkschaften nennenden Lohnabbau-Organisationen setzen ihre Millionenkraft nicht zum Kampf gegen den Lohnraub ein, sie tolerieren eine Regierung, die durch Notverordnung den Arbeitern Hunger und Not verordnet. Sie wollen den kranken Kapitalismus wieder gesund machen auf Kosten der Verelendung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft hat daher von dieser Seite nichts mehr zu hoffen, sie macht sich selbst schuldig an ihrer Verelendung, wenn sie diese Gewerkschaften, dieses reformistische System in irgendeiner Weise unterstützt.

Es heißt daher sich aufrufen und Klassenkampf-gewerkschaften auf der Grundlage selbständiger In-

dustrieorganisationen aufbauen. Alle unter Parteidiktat stehenden Gewerkschaften muß die Arbeiterschaft ablehnen. — Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben als die Partei zu erfüllen. Sie haben die Arbeiterklasse gegen die Willkür des Unternehmertums, in Lohn- und Arbeitsbedingungen durch schärfsten Kampf zu stützen, diese Kämpfe zur breitesten Machtentfaltung zu bringen, um durch den wirtschaftlichen Kampf die Vorbedingung für den politischen Endkampf zu schaffen, um vereint mit allen proletarischen Kräften mit der politischen Partei des Proletariats alsdann zum endgültigen Schlag ausholen zu können. Daher darf es für die Arbeiterklasse weder Reformismus noch RGO-Tiraden geben, sie muß sich selbständige Klassenkampf-gewerkschaften aufbauen! Das sind die revolutionären Industrie-Verbände.

Augen auf, Proleten!

Etwas sonderbar mutet jedem objektiven Beobachter das Geschrei der bürgerlichen Blätter inkl. des „Vorwärts“ über die Veröffentlichung der vom Preussischen Innenminister Soering beschlagnahmten Dokumente der NSDAP. an.

Jetzt plötzlich weiß man, daß die SA. und SS. dieser Partei zum Bürgerkrieg gerüstet war, daß diese als Staat im Staate fungiert. In seitenlangen Einzelheiten wird berichtet, daß hier eine Hitler-Armee gebildet wurde, die zum Teil in engster Verbindung mit gewissen Reichswehr- und Polizeistellen stand und genau ausgearbeitete militärische Pläne zur Uebernahme der Macht angefertigt hatte, und daß ihre Truppen bereits im Besitz diesbezüglicher Instruktionen waren.

Fest steht, daß seit dem Boxheimer Dokument und der Harzburger Tagung der Nazis jedes Kind es wußte, daß diese Partei trotz aller Legalitätsbeteuerungen Hitlers die gewalttätige Machtübernahme vorbereiteten und auch weiterhin vorbereiten werden.

Die vielen Verrate der SA. an linksgerichtete Arbeiter, das geradezu herausfordernde Auftreten Hitlers und seiner Trabanten mußte jedem nicht einseitig Eingestellten unwillkürlich die Frage aufdrängen: warum wird hier nicht mit derselben Schärfe eingegriffen wie z. B. bei Uebergriffen linksgerichteter Arbeiter?

Wie einen Hohn mußte man alle richterlichen Entscheidungen gegenüber Nazi-Ueberfällen empfinden angesichts der Tatsache, daß zum Beispiel Kommunisten für viel leichtere Vergehen jahrelange Gefängnis- und Zuchthausstrafen erhalten.

Laut Polizeibericht: hat man bei den Nazis Waffen aller Art, bis zum schweren Maschinengewehr, gefunden. Nicht einer dieser Helden ist dafür eingesperrt worden.

Man faßt diese Vertreter des Dritten Reiches sehr sanft oder gar nicht an. Man wird es nicht wagen, diese SA. womöglich zu verbieten.

Das vorgefundene Material hätte bei einer linksgerichteten Organisation längst zum Verbot genügt, genügt, die Führer einzusperrn und ihnen den Prozeß zu machen.

Die Arbeiter dürfen sich daher durch diese Scheinaktion des Preussischen Innenministers gegen die Nazis nicht täuschen lassen; sie werden sehr bald das traute Zusammenarbeiten der Hitler- und Hindenburg-Front nach den Wahlen zu spüren bekommen. In beiden Fronten sind abgefakelte Prinzen und Fürsten, sind Kapp-Putschisten, sind die Vertreter der Schwerindustrie, der Schlotbarone und Krattjunker, ist die Vertretung des Kapitalismus verkörpert.

Wie die Eisernen Front dem Faschismus zu Leibe geht, ergibt sich am besten aus dem Felsenack-Prozeß, wo man achtzehn der überfallenen Kolonisten unter Anklage stellte; einige davon werden sogar des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt, weil sie es wagten, sich gegen die SA-Horden zu wehren. Den Führer dieser SA. hat man aus der Haft entlassen. Von den verhafteten Nazis sitzen nur sechs auf der Anklagebank. Ihnen wird man nicht sehr wehe tun.

Proletariat, die Bekämpfung des Faschismus erfolgt nicht durch solche Scheinaktionen. Der Faschismus kann nur geschlagen werden, wenn die Arbeiterschaft selbst als Klasse über alle Schranken, über Partei- und Gewerkschaftsdoktrin hinweg die Einheitsfront bildet und als Klasse der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter aller Schattierungen kämpft. Dazu ist Vorbedingung: hinweg mit allem Bruderkampf, erzwingt die Einheitsfront zum wirklichen Kampf gegen den Faschismus.

Verheißung und Wirklichkeit des Faschismus

Breite Massen des werktätigen Volkes, vor allem die kleinen Mittelständler und Bauern, Angestellten und Beamten, glauben an die Verheißungen der Naziführer, daß ihnen ein „Drittes Reich“ aus ihrem Elend heraushelfen werde. Wir brauchen aber die Probe auf das Exempel nicht erst in Deutschland zu machen, wir haben sie bereits vor uns in dem italienischen Musterland des Faschismus.

Mussolini-Italien befindet sich in einer Wirtschaftskrise, die genau so schrecklich ist wie die deutsche. Darum haben sich die Naziführer abgewöhnt, von dem Paradies des Faschismus zu sprechen, darum betonen sie, daß ihr „deutscher Sozialismus“ nichts mit dem italienischen Faschismus zu tun habe. Noch vor zwei Jahren hörte man es anders. Da schrieb Adolf Hitler im Vorwort zu einem Buch eines italienischen Faschisten:

„Wir haben ja hier ein Vorbild, das wir ohne weiteres hinnehmen können, den Faschismus.“

Schauen wir darum einmal das faschistische Vorbild der Nazis an.

Der Niedergang der italienischen Wirtschaft.

vollzieht sich seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise zuerst etwas langsamer als in Deutschland, dann aber mit wachsender Beschleunigung. Der Rückgang in der Schwerindustrie beträgt gegenüber dem vorigen Jahr 20 Prozent und mehr, in der Baumwollindustrie über 30 Prozent, in der Kraftfahrzeugindustrie über 50 Prozent! Jeder Monat bringt einen neuen Rekordtiefstand.

Die Ausfuhr ist um rund 20 Prozent zurückgegangen, die Einfuhr wurde brutal abgedrosselt und ist um 31 Prozent geringer als im Jahre 1930. Die neuen riesigen Zölle — fünfzehn Prozent des Warenwertes! — verteuern alle Waren und drücken damit die Lebenshaltung der Massen noch tiefer herab.

Die faschistische Landwirtschaftspolitik ist elend gescheitert. Durch brutale Herabsetzung der Landarbeiterlöhne, teilweise auf die Hälfte, wollte man die bankerotten Großgrundbesitzer sanieren. Das ist nicht gelungen. Die „Getreideschlaucht“, durch welche das faschistische Italien sich von ausländischer Lebensmittelversorgung unabhängig machen wollte, ist verloren. Die Not der kleinen und mittleren Bauern kommt fast an das Elend des Landarbeiterproletariats heran.

Die Arbeitslosenzahl ist doppelt so hoch wie im vorigen Jahr. Aber von den 3 Millionen Erwerbslosen werden amtlich nur etwa 800 000 registriert, und von diesen erhalten auch nur 10 Prozent Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 1,25 Lire pro Tag; das sind etwa 25 Pfennige!

Die Arbeiterlöhne wurden ungeheuerlich heruntergedrückt, wobei die faschistischen Gewerkschaften nach Kräften mithalfen, teilweise um 45 Prozent, wie in der Kunstseidenindustrie. Die Beamtgehälter wurden mit einem Schlage um zwölf Prozent heruntersgesetzt.

Gleichzeitig wurde die Lebenshaltung der Massen durch außerordentlich schwere neue Steuern herabgedrückt. Die Umsatzsteuer wurde von 0,25 auf 1,5 Prozent und dann sogar auf 2,5 Prozent erhöht und preßt allein aus den arbeitenden Massen 3,6 Milliarden heraus. Die Zölle und Konsumsteuern insgesamt, die im vergangenen Jahr 5,5 Milliarden Liro erbrachten, werden jetzt etwa 7 bis 8 Milliarden Lire aus dem verarmten Volke herausaugen!

Wenn sich Mussolini vor einem Jahre noch trösten konnte:

„Es ist ein Glück für Italien, daß der italienische Bauer und Arbeiter gewohnt sind, nur einmal am Tage zu essen“,

so muß er jetzt schon feststellen, daß auf dem Lande und in den kleineren Städten sich die Hungerdemonstrationen und antifaschistischen Kundgebungen mehren, trotz des ungeheuerlichen Terrors, mit dem der Faschismus gegen die arbeitenden Massen vorgeht.

Das neue faschistische Strafrecht will jeden Streik gegen Lohnabbau oder für Lohnerhöhung unter Strafe stellen; bei Solidaritätsstreiks und bei Streiks mit politischem Einschlag beträgt die Mindeststrafe zwei Jahre Gefängnis!

Mussolini-Italien ist ein einziges großes Zuchthaus, in dem das werktätige Volk in schlimmster Sklaverei fröhlich für seine kapitalistischen Ausbeuter und ihren faschistischen Staatsapparat. Die ganze Wirtschaftspolitik des Faschismus besteht darin, unter rücksichtsloser Verelendung der arbeitenden Massen die bankerotten Kapitalisten mit Milliarden-Subventionen zu „sanieren“.

Als im November vorigen Jahres die größte italienische Privatbank, die „Banca Commerciale“, mit riesigen Verlusten, die man auf 3 bis 5 Milliarden Lire schätzte (600 bis 800 Milliarden Mark), vor dem Zusammenbruch stand, erhielt sie von Mussolini eine Hilfe von 400 Millionen Lire, und außerdem nahm ihr die vom Staat neu gegründete Bank „Istituto Mobiliare“ einen großen Teil ihrer Pleite ab. Die Devisenverluste der Staatsbank — eine halbe Milliarde Lire — deckte der Staat. Ganze Zweige der Wirtschaft leben nur von den staatlichen Subventionen, zum Beispiel die Schwerindustrie, die Stickstoffindustrie und die Werftindustrie. Neuerdings hat Mussolini die großen Seeschiffahrtsgesellschaften Navigazione Generale, Lloyd Sabauda, Cosulich, Lloyd Triestino, Marittima Italiana und Sitar zusammengeschlossen, weil ihre Subventionierung im einzelnen allzu viel verschlang. Solche Stützung

bankrotter kapitalistischer Gesellschaften auf Kosten der Steuergelder nennt man dann „Umgruppierung der Wirtschaft“ und feiert sie als einen „Sieg des faschistischen Gedankens“.

Immer tiefer hinein in den Verfall.

Infolge dieser Wirtschaftspolitik ist, trotz so furchtbarer Erhöhung der Steuern und Zölle, das Defizit des faschistischen Staates für vier Monate Juli bis Oktober auf 1167 Millionen Liro gestiegen, während für das ganze Jahr nur mit einem Fehlbetrag von 576 Millionen gerechnet wurde. So rapid hat sich also die Krise des italienischen Faschismus verschärft. Bis heute weiß Mussolini nicht, wie er dies ungeheuerliche Defizit decken soll. Die Sozialausgaben sind schon soweit abgebaut, daß es hier nichts mehr zu sparen gibt; ebenso die Kulturausgaben. An den Ausgaben für das Heer, die Flotte und die faschistische Staatsverwaltung, die über die Hälfte des gesamten Etats ausmachen, d. h. rund 5½ Milliarden Lire, will der Faschismus nicht sparen. Der Faschismus wird also einen neuen Abbau der Beamtgehälter vornehmen müssen. Er hat bereits die Zölle erhöht; aber das reicht nicht aus, um auch nur die wachsenden Anforderungen des zusammenbrechenden Kapitalismus zu erfüllen. Immer tiefer geht es hinein in den Verfall.

Das werktätige Volk der übrigen Länder kann aus dem Beispiel des faschistischen Musterlandes Italien viel lernen: der Faschismus ist kein Ausweg aus dem Elend der kapitalistischen Krise, sondern führt nur noch tiefer hinein in die Verelendung und Versklavung der Massen.

Trotz Vernichtung häufen sich die Vorräte

Die Häufung der Rohstoffvorräte infolge der Absatzschrumpfung steigert sich in enormem Maße, trotzdem man Getreide, Kaffee und Baumwolle schon in großen Mengen vernichtet hat, damit die Profitrate nicht sinken soll.

Hier tritt in aller Deutlichkeit der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft zutage.

Einer Statistik entnehmen wir folgende Zahlen über den Weltjahresverbrauch und die Weltvorräte.

	In Millionen t.	
	Verbrauch	Vorräte
Weizen	78,00	17,00
Zucker	27,00	9,00
Kaffee	1,50	1,90
Kupfer	1,40	0,50
Zink	1,20	0,14
Zinn	0,16	0,05
Baumwolle	5,10	2,40
Kautschuk	0,65	0,66

Der Vorrat an Kaffee und Kautschuk übersteigt, wie aus obigen Zahlen ersichtlich, sogar den Weltjahresverbrauch; der Baumwollvorrat erreicht fast die Hälfte eines Jahresverbrauchs.

So liegen Vorräte, die auf Grund der Verelendung der Massen keinen Absatz finden, aufgespeichert nutzlos umher, für sie müssen noch große Summen für Lagerungskosten ausgegeben werden.

Während Millionen hungern, Tausende verkommen oder zum Strick bzw. Gashahn greifen, wird der Vorrat an Ware, der nicht gekauft werden kann, immer größer. — So will es die kapitalistische Profitwirtschaft.

Der Rundfunk — ein gutes Geschäft

Das Deutschland, wo durch Notverordnungen die Löhne und Gehälter so weit herabgedrückt worden sind, daß das Gros der Arbeiterklasse auf alle Lebensbedürfnisse eines Kulturvolkes verzichten muß, dieses Deutschland hat von fast allen Ländern die höchsten Rundfunkgebühren. Daß diese in solcher Höhe notwendig sind, beweisen die Gehälter der Herren, die den Rundfunk leiten. — Nach dem bewußten Abbau durch die 4. Notverordnung erhielten selbige folgende kärgliche Jahresgehälter:

Rundfunk-Kommissar Dr. Bredow	41 981 RM
Reichsrundfunk-Direktor Dr. Magnus	35 981 RM
Reichsrundfunk-Direktor Dr. Giesecke	35 981 RM
Direktor Knöpfke, Berliner Funkstunde	33 981 RM
Intendant Fleisch, Berliner Funkstunde	33 981 RM
Intendant Hardt, Westdeutscher Rundfunk	33 981 RM
Intendant Bodenstedt	32 154 RM
Professor Schubotz, Berlin, Deutsche Welle	29 022 RM
Direktor Kohl, Leipzig	27 978 RM
Direktor Neubeck, Leipzig	27 978 RM
Abteilungsleiter Braun, Berlin	27 005 RM
Abteilungsleiter Bronsgeest, Berlin	27 005 RM
Direktor Stapelfeld, Hamburg	27 005 RM
Direktor Schüller, Frankfurt	27 005 RM
Direktor Wagner, Reichsrundfunkgesellschaft	26 005 RM
Direktor Korte, Köln	26 005 RM
Intendant Christian, Deutschlandsender	26 005 RM
Direktor Hadert, Breslau	23 000 RM
Intendant Bischof, Breslau	23 000 RM
Kapellmeister Seidler-Winkler	23 000 RM
Kapellmeister Buschkötter, Köln	21 981 RM
Kapellmeister Rosbaud, Frankfurt	21 981 RM

Sollte eine Notverordnung, nach der alle Gehälter bis auf 6000 RM herabgesetzt werden müssen, nicht auch hier, wie bei vielen anderen Direktoren-Gehältern der Industrie- und des Bankkapitals im Interesse der Verhinderung des Verhungerns der vielen aus dem Produktionsprozeß Ausgeschlossenen liegen? Eine solche Notverordnung würde auch von den Proleten verstanden werden. Doch dazu gehören Männer, die die Interessen des Proletariats und nicht des Kapitals vertreten. Dazu gehört die Beseitigung eines Systems, wo einige wenige sich auf Kosten der breiten Masse bereichern können.

Eine Gegenüberstellung

Dem Preußischen Haushaltsplan entnehmen wir folgende Gegenüberstellung für 1931:

Für Polizeizwecke		Für Wohlfahrtszwecke	
Verpflegung der Dienstpferde, Futterzulagen f. kranke u. erholungsbedürftige Pferde	2 546 020		
Ausrüstungsstücke f. Dienstpferde und -Hunde	215 000	Für Kinderspeisung	720 000
Ergänzung von Polizeiwaffen, Munition und Handgranaten	1 580 000	Schulzahnpflege	30 000
Ergänzung d. Dienstpferde	762 000	Bekämpfung der Tuberkulose	760 000
Kosten der Hundehunde	515 000	Bekämpfung d. Säuglingssterblichkeit	570 000
Aufwandsentschädigung für Kriminalbeamte	2 985 438	Bekämpfung d. Geschlechtskrankh.	25 000
Aufwandsentschädigung für Landjäger-Beimte	3 700 000	Förderung d. Krüppelfürsorge	19 000
Waffen, Nahkampfmittel, Werkzeug, Munition, Schießgeräte u. Fahrräder	2 280 000	Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	5 000
Kraftfahrgerät	3 737 000	Untersuchungs- und Fahrerschulungsbetriebe	132 300
		Bekämpfung der Krebskrankheiten	28 600
		Unterstützung des Hebammenwesens	5 000
	13 320 958		2 295 400

Man vergesse bei Betrachtung dieser Zahlen nicht, daß in der Preußischen Regierung die sozialdemokratischen Minister ausschlaggebend waren und noch sind. Daß diese Vertreter der Armen sich in ihren Handlungen in nichts von den bürgerlichen Ministern unterscheiden, beweist treffend diese Aufstellung.

Die Hugenberg, Hitler, Thyssen, die gesamte Reaktion kann beruhigt sein, besser können auch sie nicht für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Bezirksverein Eisleben Bekannmachungen

Am Sonntag, dem 17. April 1932, findet im Lokal „Weißes Roß“, Breiter Weg, eine äußerst wichtige

Mitgliederversammlung

statt. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Des weiteren machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß jeder Wohnungswechsel dem Bezirksvorstand zu melden ist.

Des weiteren ist bei der Hauskassierung in allen Fällen das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Laut Versammlungsbeschluß vom 28. Februar d. J. ist jedes Mitglied verpflichtet, die Maimarke zu kleben.

Sterbetafel

Am 22. März verstarb unser Kollege, der Brenner Gustav Berger,

Eisleben, im Alter von 56 Jahren, infolge seiner schweren Verletzungen, erlitten durch Betriebsunfall am 17. März.

Ehre seinem Andenken.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter. Bezirksverein Eisleben.

An die Berliner Kollegen!

Schon heute machen wir die Kollegen aller dem Bund angeschlossenen Industrieverbände und Gruppen darauf aufmerksam, daß laut Beschluß des Bundesvorstandes am 1. Mai die Maimarke vormittags in den Zahlstellen des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe in Empfang zu nehmen ist, um dann an der im Märchenbrunnen (Saal und Garten) stattfindenden

Kundgebung

sich zu beteiligen, Der genaue Zeitpunkt des Beginns dieser Kundgebung wird noch in nächster Nummer des „BRIV“ und des „Bau-Prolet“ bekanntgegeben, da anschließend daran die Teilnahme an der Demonstration der Partei vorgesehen ist, jedoch erst nach offizieller Bekanntgabe derselben diesbezüglich disponiert werden kann. Wir erwarten daher, daß sich alle Kollegen der uns angeschlossenen Organisationen restlos an dieser Kundgebung beteiligen

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

So „kämpf“ der DMV. gegen den neuerlich drohenden Lohraub

Der Ablauf der Tarife am 30. April wird von den Unternehmern zum willkommenen Anlaß genommen, die Metallarbeiterlöhne wiederum zu kürzen. Die Erfolge, welche die Unternehmer in der letzten Lohnabbaukampagne errungen haben, und wodurch sie ihre Einnahmen wesentlich erhöhen konnten, ermutigt sie zu weiterem Vorgehen. Daß diese Unternehmerrückgewinnungen auf realen Gründen basieren, ersieht man daraus, daß den in der Bauindustrie tätigen Arbeitern bereits ein Lohnabbau von 10 Proz. aufgezwingen werden konnte. Und was den Baulöhnen gelungen ist, wollen die Industrieller ebenfalls in den Metallbetrieben durchführen. Allerdings sind sich die Unternehmer klar darüber, daß dieser neue Lohnabbau nicht ohne die tatkräftige Hilfe der Reformisten erfolgen kann. Tatsächlich haben sich die Metallindustriellen in dieser Kalkulation nicht verrechnet. Genau so schmächtig, wie sich der reformistische Baugewerksbund in der letzten Bauarbeiterbewegung verhalten hat, verhält sich der Deutsche Metallarbeiterverband gegenüber dem provozierenden Auftreten der Industriellen. Statt die in seinen Reihen befindlichen Metallarbeiter auf die Gefahr des bevorstehenden Lohnraubs aufmerksam zu machen und alle Vorbereitungen zu einem etwaigen notwendig werdenden Kampfe zu treffen, hält der Vorsitzende Brandes ein lendenlahmes Referat über die Arbeitslosigkeit, schwächt er über den schon längst zusammengebrochenen Schwindel vom Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, der Notwendigkeit der Einführung der Vierzig-Stunden-Woche, ohne jedoch vom Lohnausgleich auch nur ein Sterbenswörtchen zu verlieren, um am Schlusse seiner Rede, die er auf der letzten Sitzung des Erweiterten Beirats gehalten hat, folgende „Kampfforderungen“ aufzustellen:

I.

„Der Erweiterte Beirat beauftragt den Vorstand, erneut von der Reichsregierung die schleunige gesetzliche Durchführung der 40stündigen wöchentlichen Arbeitszeit für sämtliche Zweige der erzeugenden und verarbeitenden Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zu fordern, da sie im Hinblick auf die ungeheure Massenarbeitslosigkeit in der gesamten Industrie zu einem zwingenden Erfordernis geworden ist.“

II.

„Der Erweiterte Beirat stellt fest, daß der Preisabbau, den die Regierung bei ihrem Lohnabbau in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 versprochen hatte, völlig ungenügend durchgeführt worden ist. Der Beirat bezeichnet es als eine unerhörte Provokation der gesamten Arbeitnehmerschaft, wenn maßgebende Unternehmerführer unter dem Deckmantel der Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeit in der Industrie neue Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern.“

Der Erweiterte Beirat verlangt von der Regierung, daß sie solche Forderungen energisch zurückweist und ihr der Arbeiterschaft gegebenes Versprechen einlöst.“

Also, das ist Brandes und seiner Clique Weisheit, die Regierung zu bitten, sie möge den Unternehmern verbieten, die beabsichtigten Lohnverschlechterungen durchzuführen. Daß die Neesse im Gesicht behält. Als ob die, die in der Regierung sitzen, andere Leute seien, anderes Fleisch und Blut besäßen als die Schwerverdiener der Thyssen, Siemens und Konsorten. Doch das wissen die Bürokraten vom DMV natürlich auch, daß die Männer, die in der Regierung sitzen, die Vertrauensmänner der Industriellen und Bankmagnaten sind. Ebenso gut wissen Brandes und seine Leute, daß die Arbeiter von seiten einer aus solchen Leuten zusammengesetzten Regierung keinerlei Hilfe zu erwarten haben. Doch den Arbeitern zu helfen, ist ja auch gar nicht das Bestreben der DMV-Führung. Sie will ja den sterbenden Kapitalismus zu retten versuchen und damit das Gelingen, die Arbeiter mit falschen Parolen solange hinhalten, bis sich die Herren Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter solche Positionen geschaffen haben, die es ihnen gestatten, die Ausbeutung der Arbeiterschaft bis in alle Ewigkeit ungentert und ungestraft vorzunehmen. Gegen eine solche arbeiterschädliche Politik der Brandes und Ulrich müssen sich die DMV-Mitglieder energisch zur Wehr setzen. Die im DMV organisierten Metallarbeiter müssen von ihrer Leitung fordern, daß sie nicht bloß nichtssagende Resolutionen annehmen läßt, sondern endlich Schritte unternimmt, die geeignet sind, den immer unverschämter werdenden Industrie-Raubrittern Respekt vor der Arbeiterklasse beizubringen. Dazu ist notwendig die Aufstellung von wirklichen Kampfforderungen und — um diesen Forderungen den richtigen Nachdruck zu verleihen — die Mobilisierung aller Metallarbeiter für diese Forderungen. Keinen Pfennig Lohnabbau, Einführung der Vierzig-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Abschaffung jeglicher Akkordarbeit, Verbot des Ueberstundenunwesens, das sind die Forderungen, für die die Metallarbeiter aufgerufen werden müssen. Und wenn die friedlichen Mittel des Verhandels zur Erreichung dieser Forderungen nicht ausreichen, dann muß eben die Waffe des Streiks in Anwendung gebracht werden. Aber Streik bedeutet Kampf und kämpfen will ja die Verbandsbürokratie des DMV nicht. Darum, Mitglieder des DMV, organisiert den Abwehrkampf gegen den neuen drohenden Lohnabbau gegen den Willen der DMV-Führer, unterstützt den Vortrupp des revolutionären Metallproletariats, den Industrieverband für das Metallgewerbe in seinem Bestreben, die Position der Metallarbeiter zu verteidigen und zu verbessern, und den Unternehmern wird es unmöglich sein, den geplanten Lohnraub durchzuführen.

Elf Millionen Mark Reingewinn bei Siemens & Halske

Hörst du es, Siemensprolet, der du für ein lumpiges Trinkgeld die Woche über schuftest. Elf Millionen Mark Reingewinn haben die Aktionäre der Siemens & Halske-Werke im vergangenen Jahre erzielt. Die Rationalisierung, die Entlassung tausender Arbeiter, die Einführung der Kurz-

arbeit, kurzum, das ganze raffinierte Ausbeutungssystem, das den Siemens-Metallarbeitern unsägliches Leid und Elend gebracht hat, brachte den Dividendenhamsterern klingendes Gold. Die Siemens'schen Bilanzabschlüsse beweisen, daß trotz der ungeheuren Not, die im Lande herrscht, die Siemens-Aktionäre, die Aufsichtsräte und Direktoren es verstanden haben, Riesengewinne aus ihren Unternehmungen herauszuschlagen, mochten auch darüber Tausende und aber Tausende zugrunde gehen. Die Bilanzabschlüsse von Siemens beweisen ferner, daß das Gerede der Reformisten von der Notwendigkeit der Ankurbelung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter ein durch nichts begründetes Geschwätz ist, das faktisch den Unternehmern behilflich ist, auf ihren Immer-mehr-Profit-Standpunkt zu beharren. Diese elf Millionen Reingewinn zeigen, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft wohl vor sich gehen kann, ohne daß man den Arbeitern ihren kärglichen Lohn noch weiter kürzt. Doch davon wollen die Reformisten nichts wissen, weil sie selbst einen Teil dieser auf die unmenschlichste und gemeinste Weise aus den Proleten herausgepreßten Gelder in ihre Taschen zu schieben hoffen. Denn umsonst leisten die Reformisten den Kapitalisten keine Hilfe bei der Unterdrückung und Verdummung der Arbeiterschaft. Dafür wollen sie belohnt werden. Die Belohnung bleibt denn auch nicht aus und kommt in Gestalt von fetten Posten und Staatspfründen, welche die Industriekapitäne ihren reformistischen Helfershelfern zuteil werden lassen. Zu wenig beachten die Arbeiter diese Tatsachen, sonst hätten die Reformisten schon längst ihr gemeingefährliches Spiel ausgespielt. In allen Abteilungen der Siemenswerke müssen die Metallarbeiter den Reformisten diese Tatsache des elf Millionen Mark Reingewinns unter die Nase halten, wenn sie beim kommenden Lohnkampf von den Arbeitern verlangen, stille zu halten und sich ruhig den Lohn aus der Tüte klauen zu lassen.

Bei Erwähnung dieses Riesengewinns verdient festgehalten zu werden, daß dieser Gewinn erzielt werden konnte bei einer Verminderung der Belegschaft von 43 400 auf 33 000 Arbeitern. Wie man sieht, wurden über 10 000 Arbeiter bei Siemens & Halske entlassen, ihnen das Brot genommen, um nur ja die Profitquote sicherzustellen. Doch diese Entlassungen sollen noch weiter fortgesetzt werden. Auch in diesem Jahre will die Siemens-Generaldirektion einen Reingewinn von mindestens elf Millionen erreichen, und wie der Generaldirektor des Siemens-Konzerns, Haller, ausführt, soll die Sicherstellung dieser phantastischen Gewinnsumme durch eine noch schärfere Rationalisierung, verbunden mit neuen Massenentlassungen, vorgenommen werden. Es liegt an euch, Siemens-Proleten, ob die Siemens-Aktionäre weiter ungestraft euch und eure Angehörigen so ausbeuten und dem Elend überantworten dürfen. Denkt daran, daß dieses Kapitalistengesindel nur solange sein Unwesen treiben kann, als ihr es duldet. Schließt euch zusammen gegen eure Ausbeuter, kämpft mit uns in den Reihen des Industrieverbandes gegen den Kapitalismus und seinen Helfern, den Reformisten, und eure Lebenslage wird bald eine bessere sein.

China — Indien

II.

Nach dem Weltkriege erlangte die im Jahre 1912 von Sunyatsen gegründete Kuomintang führenden Einfluß innerhalb der miteinander um die Vormachtstellung in China rivalisierenden und kämpfenden Gruppen. Tschiangkai-schek, der Führer der Kuomintang, verstand es, durch seine zweideutige Haltung sich nicht nur das Vertrauen weiter werktätiger Kreise Chinas zu erringen; auch die doch schon gewiß durch allerhand Erfahrung gewitzte Komintern ließ sich von ihm (Tschiangkai-schek) täuschen und hinters Licht führen. So gelang es der Kuomintang, dank der von der Komintern geleisteten Hilfe, ihre von Anfang an geplanten Betrugsmanöver am chinesischen Proletariat zu vollziehen, ihre Machtstellung zu befestigen und den Vernichtungskampf gegen die aufblühende chinesische Revolution nach sehr guter Vorbereitung unter außerordentlich günstigen Umständen durchzuführen. Der Reifall der Komintern und damit die Vernichtung der chinesischen Revolution der Jahre 1925 bis 1927 war nur möglich, weil die Führung der Komintern die auf dem 2. Weltkongreß der III. Internationale verfaßten und einstimmig angenommenen Thesen über die Taktik der Komintern in den kolonialen und halbkolonialen Ländern in keiner Weise beachtete.

Auf dem 2. Weltkongreß war beschlossen worden, bei event. Unterstützung sogenannter national-revolutionärer Bewegungen auf keinen Fall die Unabhängigkeit etwa vorhandener kommunistischer Parteien zugunsten eines Bündnisses mit einer solchen Bewegung aufzugeben. Lenin betonte ausdrücklich in seiner auf dem Kongreß gehaltenen Rede zum Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage den bürgerlichen Charakter aller national-revolutionärer Bewegungen und Parteien. Die Außerachtlassung dieser Lehren durch die für die Ereignisse in China verantwortliche Kominternführung war eine — milde ausgedrückt — grobe Pflichtverletzung gegenüber dem chinesischen Proletariat sowie dem gesamten Weltproletariat. Denn es ist nicht zu verkennen, daß die chinesische Revolution bei richtiger Leitung durch die Komintern alle Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Rückwirkung einer siegreichen chinesischen Revolution auf die übrigen kapitalistischen Länder, insbesondere auf Indien, Japan und Korea, wäre ohne Zweifel eine kolossale gewesen.

Das siegreiche Vorwärtstreiben der national-revolutionären Kuomintangbewegung hatte die Komintern veranlaßt, die letztere in ihrer Bewegung zu unterstützen. In falscher Auslegung der Thesen des 2. Weltkongresses ging die Komintern im Verlaufe ihres Bündnisses mit Tschiangkai-schek dazu über, die Unabhängigkeit der schon bestehenden, allerdings noch jungen chinesischen kommunistischen Partei aufzugeben und diese in die Kuomintang-Partei zu überführen. Die Folge war, daß die kommunistische Partei Chinas, der Disziplin der Kuomintang unterworfen, in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und dadurch die Ausbreitung ihrer Idee erschwert wurde. So wurden die chinesischen Kommunisten von den im Marsch befindlichen Massen isoliert, die ihrerseits sehr bald der das Feld allein beherrschenden Kuomintang

zum Opfer fielen. Wohl entdeckte die Kominternführung ihren begangenen schweren Fehler und versuchte durch einen Gewaltstreik denselben wiedergutzumachen. Allein dazu war es bereits zu spät. Die Kraft reichte zu einem durchschlagenden Erfolg nicht mehr aus. Der letzte Versuch, sich der Isolierung und eisernen Umklammerung der Kuomintang zu entziehen, war der unglückselige, unter den schlechtesten Verhältnissen, ganz verantwortungslos unternommene Aufstand in Kanton. Der Ausgang dieser verunglückten Aktion ist bekannt. Nach heldenhaftem Widerstand der kantonesischen Arbeiter gelang es den Truppen Tschiangkai-scheks, das letzte Aufbäumen der chinesischen Revolution zu ersticken. Unter einem ungeheuren Blutterror, der Tausenden und aber Tausenden der besten und revolutionärsten Kämpfer das Leben kostete, fand die chinesische Revolution ihr vorläufiges Ende.

So hat, durch die verkehrte Taktik der Komintern, das chinesische Proletariat in seinem Befreiungskampfe eine ungeheure, gewaltige Niederlage erlitten, die, neben den großen Opfern, die sie kostete, dadurch auf Jahre zurückgeworfen wurde. Die Lehren der verlorengegangenen chinesischen Revolution gelten aber nicht nur für die chinesischen Arbeiter. Sie haben auch Geltung für das übrige Weltproletariat, und gerade die deutschen Arbeiter, die ebenfalls vor gewaltigen Entscheidungen stehen, haben alle Ursache, diese Lehren, die sowohl Blut gekostet haben, zu studieren und zu beherzigen.

Die Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung

Um die Ereignisse verstehen zu lernen, die sich in der letzten Zeit in Indien abspielen, ist es notwendig, das Kräfteverhältnis in gewerkschaftlicher Hinsicht zu wissen.

Die Gewerkschaften Indiens sind junge Organisationen, die erst nach Beendigung des Weltkrieges entstanden. Sie sind als Berufsorganisationen aufgezo-gen und haben z. Zt. 35 Gewerkschaften mit 1 1/2 Millionen Mitgliedern. Die Spitze dieser Gewerkschaften ist in einem Bund zusammengeschlossen, der sich „allindischer Gewerkschaftskongreß“ nennt.

Diese Gewerkschaften schlossen sich im Anfang der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale an.

Die revolutionäre Mehrheit auf dem IV. Kongreß 1925 brachte es zuwege, daß sie sich von der Amsterdamer Internationale lösten.

Der jetzt im Gefängnis sitzende indische Sozialist M. N. Roy wurde von der Komintern beauftragt, die Gewerkschaften für die III. Internationale zu gewinnen. Es gelang ihm, ein Teil der Gewerkschaften, zirka 500 000 Mitglieder, für die RGI zu gewinnen.

Dadurch wurde die Tatsache geschaffen, daß ein Teil der in diesem Bund verkörperten Gewerkschaften zur II. Internationale gehörte, während der andere sich zur III. bekannte.

Roy wurde Mitglied der Exekutive der RGI.

Auf dem X. Gewerkschafts-Kongreß 1929 in Nagpur waren die Kommunisten in der Mehrheit und es gelang ihnen, einen der ihren als Generalsekretär einzusetzen, während der Präsident des Kongresses, Subhas Chandra Bose, ein Reformist war.

Als die Reformisten sahen, daß sie in der Minderheit waren, verließen sie den Kongreß und bildeten eine eigene Spitzenorganisation, die Indische Gewerkschaftsföderation.

Auf der XI. Tagung des allindischen Gewerkschaftskongresses im Juli 1931 waren die Anhänger Moskaus in der Minderheit, die Mehrheit war nicht ausgesprochen für Amsterdam, aber auch nicht für Moskau.

Als die Kommunisten sahen, daß ihr Einfluß gebrochen ist, trieben sie systematisch Obstruktion. Sie ließen durch eine Rote Menschen, die nicht Delegierte waren, den Saal-schutz überrennen und brüllten die Sitzung des Exekutivrates nieder.

Nach längerer Zeit gelang es, sie doch hinauszuerwerfen.

Dieser Kongreß erklärte, sich weder an Amsterdam noch an Moskau anschließen zu wollen, trotzdem Roy für den Anschluß an Amsterdam in folgender Weise plädierte:

„Die indische Gewerkschaftsbewegung muß internationalen Anschluß haben. Kann das erreicht werden durch die Rote Internationale, dann schön und gut. Aber es kann sein, daß der formale Anschluß an Moskau die indische Arbeiterbewegung isoliert, denn die große Mehrheit der Welt außerhalb Rußlands gehört noch zu Amsterdam. Die indischen Arbeiter müssen sich in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus die Sympathie und Unterstützung dieser Millionen Arbeiter, die noch in den reformistischen Organisationen sind, sichern. Die Sympathie und Unterstützung der russischen Arbeiter haben wir.“

Unsere Taktik des aktiven Klassenkampfes, wie sie auch die Rote Internationale vertritt, sollte uns nicht hindern, die indische Arbeiterbewegung an die Amsterdamer Internationale anzuschließen, wenn dieser Schritt taktisch notwendig ist.“

Auf Grund der Trennung von den Kommunisten erging ein Aufruf des neuen Generalsekretärs des allindischen Gewerkschaftskongresses S. Mukunda Lall, zwecks Einigung an die seinerzeit abgespaltenen reformistischen Gewerkschaften folgenden Wortlauts:

„Der Gewerkschaftskongreß soll nicht offiziell an den Schattens einer politischen Auffassung gebunden sein. Selbst Kollektiv- oder Einzelmitglieder müssen die Freiheit haben, einer politischen Meinung oder einer politischen Partei anzugehören, solange sie das Grundprinzip der Gewerkschaftsbewegung anerkennen, d. h. die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse Indiens mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln zu verbreiten und zu fördern bestrebt sind.“

Eine Gewerkschaft ist eine Klassenorganisation. Ihr Programm, ihre Politik und Taktik muß deshalb immer und ausschließlich vom Standpunkt der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse bestimmt werden. Da die Interessen der Arbeiterklasse nicht mit der Erlaubnis der Kapitalisten wahrgenommen werden können, ist eine Gewerkschaft durch ihre Natur selbst ein Organ des Klassenkampfes.“

Nach diesem Gewerkschaftskongreß ist festzustellen, daß die Gewerkschaften Indiens starken Zuwachs erhalten und daß die reformistischen Gewerkschaften, die sich abgespalten hatten, zum größten Teil wieder dem allindischen Gewerkschaftskongreß angeschlossen haben. Ein Beweis, daß durch die Erklärung der Unabhängigkeit von irgendwelcher Parteirichtung die indischen Gewerkschaften eine gesunde Grundlage entwickeln.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kanistraße 11. — E5 Lichtenberg 2094.

Das Erbe des Zündholzkönigs

Hundert Millionen Dollar kurzfristige Schulden, für die er keine Deckung finden konnte, haben Ivar Kreuger die Waffe in die Hand gedrückt. Fast gleich hoch ist die Summe, die sein Konzern den Staaten geliehen hatte, um sie seinen Zündholzmonopolplänen gefügig zu machen. Aber diese öffentlichen Schuldner schützten sich, als ihre Lage kritisch wurde, einfach durch Erklärung eines Moratoriums, gegen das ein privatwirtschaftliches Unternehmen ohnmächtig war. Doch die privaten Gläubiger verlangten Zahlung. So entstand die Zange, in der Kreuger zerquetscht wurde. Trotzdem hat sein Tod nicht jene Panik ausgelöst, die anfangs erwartet wurde. Zwar sind die Papiere des Kreuger-Trustes teilweise fast um die Hälfte an den internationalen Börsen gesunken, allein die Interessen des internationalen Finanzkapitals sind mit dem Konzern so eng auf Tod und Leben verbunden, daß die schlimmsten Folgen von den Allgewaltigen verhütet werden mußten. Ist doch, neben Morgan in New York, in Frankreich das Bankhaus Lazard Frères und der Crédit Lyonnais am Konzern stark interessiert. Die Hilfsbereitschaft der New Yorker Bankiers, die eben erst Kreuger jede Stützung versagt hatten, trat sofort nach seinem Tode in eigenem Interesse hervor. Die Interessen des Kreuger-Konzerns in Deutschland bestehen im Besitz der Deutschen Zündholzfabriken A.-G., der Norddeutschen Zündholz A.-G., beide in Berlin, einem Häuserbesitz zum größten Teil in Berlin im Werte von 50 Millionen Reichsmark, im Besitz der Deutschen Unionbank, einer bedeutenden Beteiligung an der Deutschen Centralbodenkredit A.-G. Die Börsenpapiere des Konzerns sind in der ganzen Welt verbreitet, am meisten in Schweden, wo für die Kreuger-Unternehmungen ein Moratorium erklärt worden ist. Soviel steht heute schon fest, daß der Konzern in seiner Gesamtheit sich nicht wird halten lassen. Namentlich wird eine Liquidation der Kreugerschen Finanzkonstruktionen erfolgen müssen. Und hier wird es sich erst zeigen, ob die in aller Stille getroffenen Verkleisterungen haltbar sind, oder ob nicht doch ein Zusammenbruch und damit eine neue Finanzkrise im Weltmaßstabe entsteht. Auf jeden Fall: der Monopolkapitalismus hat eine Schlacht verloren...

Das nennt sich Sozialist

In einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden in Elberfeld erklärte der sozialdemokratische Bezirksleiter Bernz zu der Frage des japanischen Kriegsverbrechens in Schanghai folgendes:

„Wir sollten froh sein, daß im Fernen Osten der Krieg ist. Das kann uns nur von Nutzen sein. Nach meinen eigenen Informationen ist Solingen bereits mit starken Aufträgen versehen.“

Krupp in Essen ließ 2000 Arbeiter einstellen.

Uns kann es egal sein, ob die da unten Krieg führen, Hauptsache ist, wir bekommen dadurch Arbeit.“

So schamlos treten diese sich Sozialdemokraten nennenden Burschen für imperialistische Kriegsverwicklungen ein. — 1914 unter dem Deckmantel der Verteidigung des deutschen Vaterlandes, heute im Zeichen der Wirtschaftskrise sagen sie, „was schert uns der Krieg, Hauptsache ist, daß wir dadurch Arbeit bekommen.“

So schafft man Stimmung für ein erneutes Völkermorden.

Proleten, merkt euch diese Worte, und gebt diesen Sozialisten die richtige Antwort! Sie sind der Eisernen Front würdig.

Vom Regen in die Traufe

Die deutschen Industriellen, die voreilig ihre Zelte abgebrochen haben und mit ihrer Fabrikation nach England übersiedelten, sind in eine unangenehme Situation gekommen. Die Kalkulation war vom Stande des Profitstandpunktes nicht schlecht. Großbritannien mit seiner entwerteten Währung schien ein kommerzielles Ausfalltor in die Weltwirtschaft zu werden. Hingegen das englische Pfund stieg und stieg und hat (mit 15,30 RM. für ein englisches Pfund) bereits eine Höhe erreicht, die sogar für die alteingesessene britische Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder erschwert. Nicht nur, daß die Auswanderung der Industrien nach England jetzt nicht mehr lukrativ erscheint, die Aussichten auf dem britischen Markt müssen heute erheblich anders eingeschätzt werden als noch vor wenigen Wochen. Die „Weitsichtigkeit“ unserer Unternehmer, die alle Wirtschaftswissenschaftler für sich gepachtet haben, hat sich wieder einmal glänzend bewährt. Hatten doch die Industriellen, die nicht auswandern können, bereits den Reichsfinanzminister veranlaßt, durch eine „Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft“ vom 9. März Ausfuhrzölle auf den Export gebräuchter Werkzeugmaschinen zu erheben. Man wird aber auch nicht vergessen, daß deutsche Unternehmer im Augenblick, wo es ihnen vom Profitstandpunkt nützlich erscheint, keinen Moment zögern, sich in englische oder andersnationale Unternehmer zu verwandeln. Man weiß nun um eines mehr, was man von ihrem Patriotismus zu halten hat.

Um die Kirchensteuer

Noch immer überschüttet die Kirche Steuerzahler, die seit langem aus der Kirche ausgeschieden sind, mit Kirchensteuerforderungen, ohne daß es bis vor einiger Zeit möglich war, die Unrichtigkeit der Forderungen in jedem Falle klarzustellen. Schon seit langem haben die großen Freidenkerverbände eine Klärung herbeizuführen versucht, wie lange in jedem einzelnen Falle bei einem Kirchenaustritt noch die Verpflichtung zur Kirchensteuerzahlung besteht. Auf Grund der zahlreichen und teilweise komplizierten Vorschriften war man seit langem einheitslich der Auffassung, daß die Pflicht zur Zahlung von Kirchensteuern für einen aus der Kirche Ausgetretenen nur bis zum Ablauf des Vierteljahres besteht, das dem Quartal folgt, in dem der Kirchenaustritt vollzogen wurde. Neuerdings beruft sich die Stadtsynode auf ein Gerichtsurteil höchster Instanz, nach dem Steuerzahlungspflicht bei Kirchenaustritt bis zum Ende des laufenden oder des nächsten ganzen Steuerjahres besteht. Mit anderen Worten: Wer jetzt bis einschließlich 31. Dezember dieses Jahres seinen Kirchenaustritt erklärt, ist steuerzahlungspflichtig bis zum Ablauf des jetzigen Steuerjahres, also bis zum 31. März 1933. Wer nach dem 31. Dezember 1932, also ab 1. Januar 1933 aus der Kirche austritt, muß noch für volle fünf Quartale, nämlich bis zum 31. März 1934, Kirchensteuern bezahlen.

Diese Rechtslage wird jetzt als bindend anerkannt; nach ihr müssen sämtliche Kirchensteuern entrichtet werden.

Mit dem Stimmzettel zum Sozialismus!

Der Führer der SPD-Fraktion im Preussischen Landtag, Ernst Heilmann, zeigt uns in seiner Zeitschrift „Das freie Wort“ wie man mit dem Stimmzettel den Sozialismus erringt. Er schreibt: „Das Morgenrot der Freiheit leuchtet schon stärker. Aus dem Kapitalismus wird unter schmerzlichen Wehen der Sozialismus geboren.“

Das ist der Sinn der Reichspräsidentenwahl. Wer ihn begriffen hat, geht hin und wählt um unseres Endzieles willen — Hindenburg (!)“.

Devisen und Valuten

Unter Hinweis auf unsere vorigen Artikel in den Nr. 6 und 7 des „BRIV“ behandeln wir als letztes die Kredite.

Im modernen Wirtschaftsleben spielt die Devisenpolitik eines Landes eine ausschlaggebende Rolle. Die internationale Verflechtung der verschiedenen nationalen Wirtschaftsgebiete wird immer enger, die internationalen Kreditbeziehungen wachsen, internationale Kredite bringen Devisen in das kreditempfangende Land. Die Devisenbewirtschaftung wird um so bedeutsamer, je stärker die internationale Verflechtung eines Landes ist oder je mehr im allgemeinen ein Land auf den Außenhandel angewiesen ist. Im Wege des Devisenverkehrs wird der Außenhandel reguliert. Diese Regulierung übernimmt die Notenbank des Landes. Sie kauft und verkauft die Auslandswechsel oder Devisen. Die Exporteure verkaufen die Devisen an die Notenbank. Die Importeure kaufen diese Devisen und zahlen so ihre ausländischen Gläubiger. Dabei ist die Notenbank auch hier nicht darauf angewiesen, abzuwarten, was man ihr an Devisen zur Verfügung stellt und entnimmt. Sie kann den Zu- und Abstrom der Devisen auch durch den Zinsfuß, den sie abzieht (Diskont) regulieren. Ein hoher Zinsfuß wird bei normalen Verhältnissen, solange keine „Vertrauenskrise“ besteht, Devisen aus dem Auslande anlocken. Falls sich die Devisenbestände eines Landes stark zu vermindern beginnen, wird der Diskont der Reichsbank erhöht, um auf diese Weise dem Abfluß der Devisen zu begegnen. Die Notenbank kann im Verfolg ihrer Devisenpolitik auch selbst Devisen aufkaufen, auch gegen Exporte aus ihrem Goldschatz im Auslande aufkaufen lassen. Sie muß jedenfalls den Saldo ihres eigenen Devisenbestandes je nachdem durch Goldverschickung ins Ausland oder mit Goldeinlieferung aus dem Auslande decken.

Nicht alle Auslandszahlungen, die durch Devisen geregelt werden, gehen immer durch die Notenbank. Die Exporteure und Importeure können auch unmittelbar außerhalb der Notenbank Devisen zur Einlösung ins Ausland schicken und Goldzahlungen bewirken. Wenn aber die Devisen- und Währungslage kritisch wird, greift die Notenbank ein, regelt, wie es jetzt in Deutschland geschehen ist, durch Verordnungen den Devisenverkehr.

Denn eine krisenhafte Devisen- und Währungslage bedeutet für ein Land Kreditwürdigkeit und bei der ausschlaggebenden Rolle, die der Kredit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen spielt, ist die geminderte Kreditfähigkeit ein furchtbarer Schlag für die gesamte Wirtschaft eines kapitalistischen Landes, ist gleichzustellen einer Bankrotterklärung im internationalen Maßstabe.

Bankrott heißt aber kapitalistische Vernichtung. In Zeiten politischer Spannungen zwischen zwei kapitalistischen Ländern, wo ein Gegner den andern rasch auf die Knie zwingen möchte, wird auch Devisenpolitik zu einer furchtbaren Waffe, die oft eben solche Wunden schlägt, wie die Waffe der Kanonen. Die Kapitalisten rechnen alles nur in Geldwerten und ein verlustreicher Devisenkrieg bedeutet dann für sie ebensoviel wie verlorene Schlachten.

Phantasien und Wirklichkeit im Seemannsberuf

Die moderne Seeschifffahrt hat nichts mehr mit der Romantik, welche die frühere Seefahrt auf Segelschiffen mit sich brachte, gemein. Der Donner der Motore, das Stampfen der Dampfmaschinen erinnert den an Bord Befindlichen Tag und Nacht daran, daß Zeit — Geld ist und die Reedereien durch Abbau der Arbeitskräfte auf das mindestmögliche Maß dafür Sorge getragen haben, daß bei den an Bord Beschäftigten für romantische Gedankengänge nichts mehr übrig bleibt.

Und doch sehen wir, daß noch bei Tausenden von jungen Menschen der Wunsch vorhanden ist, die Fahrt in die lockende Ferne, unendliche Welt zu übernehmen, den Reiz von Abenteuern in der Fremde, die Gefahren der Natur, die Hoffnung, aufregende Erlebnisse kennenzulernen, und daher ein Seemann zu werden. So sehen wir denn noch alljährlich viele Hunderte Vierzehn- und Fünfzehnjährige nach Hamburg und Bremen pilgern, in die Seefahrtsschulen, oder sie versuchen, direkt an Bord irgend eines Schiffes zu kommen. Viele davon sind der Lehre, der Schule oder dem Elternhaus entlaufen. Sie glauben, nur die Seefahrt, das Befahren der Weltmeere, könne solche Sehnsucht stillen.

Nur sehr wenigen glückt es ein Schiff zu bekommen; die meisten aber pochen vergebens an die Türen der Heuerbüros, denn andere, Erfahrenere, Kräftigere, Ältere, stehen in dichten Scharen davor, in der Hand die dicken Seefahrtbücher, die Zeugnisse ihrer Bewährung. Sie sind vielfach schon als Vollmatrosen, vielleicht als Mat gefahren. Nun zwingt sie die harte Arbeitsnot, Trimmer oder Heizer zu werden, oder, wenn gar nichts anderes übrigbleibt, Schiffsjungendienste zu tun. Mehr als 10 000 Seeleute warten in unseren Häfen, warten monatelang, und was schließlich aus ihnen werden kann, hat nichts anschaulicher geschildert als jene Schwurgerichtsverhandlung über die Abenteuerfahrt des sogenannten Menschenraubdampfers „Falke“. Die Gesichter aller damals vernommenen Besatzungsmitglieder dieses Schiffes, vom Kapitän bis zum Schiffsjungen, zeugten von gemeinsam ertragener Not und schlimmen Entbehrungen langer Wartezeit in den Häfen. Wenn man, so ungefähr sagte damals der angeklagte Kapitän aus, 1½ Jahre lang vergebens danach strebt, wieder irgendein Schiff führen zu können, dann greift man schließlich blindlings zu, dann wird man wahllos, und gerät so nur zu leicht in Abenteuer, die in der Tat jenseits aller Seefahrtsromantik liegen. Das war vor zwei Jahren. Und heute? Fast 30 Prozent der deutschen Flotte liegt beschäftigungslos in den Häfen, über 700 000 Tonnen allein im Hamburger Hafen. Ein Wald von starrenden Masten, ein bewegungsloser Haufen zur Bewegung bestimmter Kräfte, Kiel an Kiel, Bord an Bord. So ist Massenarbeitslosigkeit auch die Zeittragödie der deutschen Seefahrt, eine Tragödie, die wohl am bittersten den trifft, der Jahre hindurch harte Vorbereitungsarbeiten hinter sich hat und nun entweder gar nicht, oder als überzähliger vierter Offizier mit oder meist ohne Taschengeld gewissermaßen nur noch eben geduldet wird für ein oder zwei Fahrten, um nach der gefürchteten Rückkehr in den Heimathafen bei der regelmäßigen Abmusterung endgültig an Land geworfen, oder — was praktisch genau das gleiche bedeutet — ohne Gehalt zwangsbeurlaubt zu werden.

Diejenigen, die noch immer in Scharen alljährlich nach Hamburg und Bremen kommen, um hier ihr Glück in der Schifffahrt zu suchen, sollten sich dies überlegen. Erschreckend hoch ist die Zahl der Jugendlichen, die sich nachts in den Hafenkneipen St. Paulis herumtreiben, — Zugewanderte ohne Anspruch auf öffentliche Unterstützung, Verzweiflung und Elend in den jungen Gesichtern, tiefste Hoffnungslosigkeit nach schwerster Enttäuschung.

Wie es aber anders und fast noch schlimmer kommen kann, zeigt ein Prozeß, den kürzlich ein Hamburger Gericht beendete. Drei fünfzehnjährige Schiffsjungen an Bord eines Motorseglers. Der Kapitän, ein Säufer, die Brutalität in Person, ein Menschenschinder aus Angewohnheit, der mit der „neunschwänzigen Katze“, dem Tauende, die jungen Körper zerschlägt, sie mit Fußritten kommandiert, in eisigen Winternächten aus den Kojen holt, sie barfuß, ohne Kleidung, Wachdienst tun läßt, und die Jammernenden, deren Hände und Füße erfrieren, weiterhin mißhandelt, verhöhnt und verspottet. Sie laufen ihm schließlich verzweifelt davon, klagen ihn an. Verurteilung des Kapitäns auf der einen Seite, drei Jungens, an Leib und Seele geknickt, auf der anderen Seite. Werden sie noch an die Romantik der Seeschifffahrt glauben — nach solcher Erfahrung?

Weitere 400 000 Tonnen Schiffsraum sollen in nächster Zeit, da unrentabel, abgewrackt werden; also weitere Massenarbeitslosigkeit in der Seeschifffahrt.

Deshalb muß jeder, dem das Schicksal unserer Jugend am Herzen liegt, davor warnen, leichtfertig auf gut Glück nach einer Hafenstadt zu fahren, um dort in den Straßen zu verkommen, oder, von der Polizei aufgegriffen, wieder heimgeschickt zu werden. Gerade in der Seeschifffahrt hat Rationalisierung und Weltwirtschaftskrise alle Aussichten für den Seemannsberuf zerstört.

Achtung Kollegen der Ortsgruppe Niederlehme!

Die nächste Monatsversammlung findet diesmal am Freitag, dem 29. April 1932, abends 7 Uhr, statt; nicht am 22. April, wie vorgesehen.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 16. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23.

KOLLEGEN!

Beteiligt Euch restlos an der

URABSTIMMUNG!